

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung ins Haus einsech. Trichter monatlich 2,00 RM. Colliemont. 1,00 RM. Postbezugs monatlich 2,00 RM. einsech. 1,50 RM. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandf. 1 für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Rpf., außerhalb Groß-Dresden 15 Rpf.

**mit Handels- und Industrie-Zeitung**  
Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

**Anzeigenpreise:** Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., 2spaltige 20 Rpf., 3spaltige 26 Rpf., 4spaltige 32 Rpf., 5spaltige 38 Rpf., 6spaltige 44 Rpf., 7spaltige 50 Rpf., 8spaltige 56 Rpf., 9spaltige 62 Rpf., 10spaltige 68 Rpf., 11spaltige 74 Rpf., 12spaltige 80 Rpf., 13spaltige 86 Rpf., 14spaltige 92 Rpf., 15spaltige 98 Rpf., 16spaltige 104 Rpf., 17spaltige 110 Rpf., 18spaltige 116 Rpf., 19spaltige 122 Rpf., 20spaltige 128 Rpf., 21spaltige 134 Rpf., 22spaltige 140 Rpf., 23spaltige 146 Rpf., 24spaltige 152 Rpf., 25spaltige 158 Rpf., 26spaltige 164 Rpf., 27spaltige 170 Rpf., 28spaltige 176 Rpf., 29spaltige 182 Rpf., 30spaltige 188 Rpf., 31spaltige 194 Rpf., 32spaltige 200 Rpf., 33spaltige 206 Rpf., 34spaltige 212 Rpf., 35spaltige 218 Rpf., 36spaltige 224 Rpf., 37spaltige 230 Rpf., 38spaltige 236 Rpf., 39spaltige 242 Rpf., 40spaltige 248 Rpf., 41spaltige 254 Rpf., 42spaltige 260 Rpf., 43spaltige 266 Rpf., 44spaltige 272 Rpf., 45spaltige 278 Rpf., 46spaltige 284 Rpf., 47spaltige 290 Rpf., 48spaltige 296 Rpf., 49spaltige 302 Rpf., 50spaltige 308 Rpf., 51spaltige 314 Rpf., 52spaltige 320 Rpf., 53spaltige 326 Rpf., 54spaltige 332 Rpf., 55spaltige 338 Rpf., 56spaltige 344 Rpf., 57spaltige 350 Rpf., 58spaltige 356 Rpf., 59spaltige 362 Rpf., 60spaltige 368 Rpf., 61spaltige 374 Rpf., 62spaltige 380 Rpf., 63spaltige 386 Rpf., 64spaltige 392 Rpf., 65spaltige 398 Rpf., 66spaltige 404 Rpf., 67spaltige 410 Rpf., 68spaltige 416 Rpf., 69spaltige 422 Rpf., 70spaltige 428 Rpf., 71spaltige 434 Rpf., 72spaltige 440 Rpf., 73spaltige 446 Rpf., 74spaltige 452 Rpf., 75spaltige 458 Rpf., 76spaltige 464 Rpf., 77spaltige 470 Rpf., 78spaltige 476 Rpf., 79spaltige 482 Rpf., 80spaltige 488 Rpf., 81spaltige 494 Rpf., 82spaltige 500 Rpf., 83spaltige 506 Rpf., 84spaltige 512 Rpf., 85spaltige 518 Rpf., 86spaltige 524 Rpf., 87spaltige 530 Rpf., 88spaltige 536 Rpf., 89spaltige 542 Rpf., 90spaltige 548 Rpf., 91spaltige 554 Rpf., 92spaltige 560 Rpf., 93spaltige 566 Rpf., 94spaltige 572 Rpf., 95spaltige 578 Rpf., 96spaltige 584 Rpf., 97spaltige 590 Rpf., 98spaltige 596 Rpf., 99spaltige 602 Rpf., 100spaltige 608 Rpf.

**Postankündigung:** Dresden-A. 1. Postfach - Fernruf: Drägerwerk Sammelnummer 24601, Fernbetriebe 27951-27953 - Teleg.: Renette Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktorstraße 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366  
**Postfach:** Dresden 2060 - Nichterlangte Einlieferungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

## Konkrete Vorschläge in der spanischen Frage

König Heinrichs Gebeine in Duedlinburg beigelegt - Der Rückgang des Franken - Blomberg aus Budapest abgeflogen

### Sitzung des Londoner Ausschusses

Werden ihn Frankreich und England torpedieren? - Stärkster Volksfrontdruck auf Chautemps - Plumpe Drohungen gegen Deutschland und Italien

Seit der Londoner Nichtmischungsaußerschau wieder auf dem Tagesorden steht der Plan einer auf England und Frankreich beschränkten Kontrolle der spanischen Gewässer, und die Frage einer Zurückziehung der Freiwilligen. Aus den letzten hier vorliegenden Pariser und Londoner Meldungen geht hervor, daß England und Frankreich an ihrem einseitigen Kontrollvorhaben festhalten gedenken. Durch allerlei mehr oder weniger versteckte Drohungen sucht man Deutschland, Italien und Portugal zu einer Aufgabe ihres absehenden Standpunkts zu zwingen. Derartige Drohungen können natürlich auf niemand Eindruck machen. Auch nicht, wenn man z. B. in Paris erklärt, im Falle eines Zusammenbruchs der Kontrolle der Nichtmischung bisheriger Art die Grenzkontrolle zu öffnen. Anschließt hat sich der französische Außenminister Delbos gestern im Kammerauditorium für auswärtige Angelegenheiten in dieser Richtung geäußert. Aber englische Blätter deuten heute an, daß die Briten nach völliger Einstellung des Kontrollsystems in größerem Ausmaß Truppen und Material über die spanische Landgrenze an die Botschaftern senden.

In englischen Regierungskreisen hat man sich in den letzten Tagen ausführlich über das unterhalten, was geschehen soll, wenn die Nichtmischung in der jetzigen Form zusammenbricht. Man hätte von der

Möglichkeit einer Anerkennung General Francos als einer kriegsführenden Macht gesprochen (bisher behandelte man General Franco in England immer noch als „Rebellen“, die bolschewistisch-anarchistische Macht in Valencia oder als „Regierung“) und angeblich auch die französische Regierung bereits für diesen Gedanken gewonnen. Man hätte allerdings dabei vergessen, daß das Kabinett Chautemps trotz seiner hochkapitalistischen Finanz- und Währungspolitik ein Volksfrontkabinett ist und bleibt und als solches von den Stimmen der Kommunisten abhängt. Infolgedessen wurde von den Volksfrontparteien ein immer stärkerer Druck auf Chautemps ausgeübt, um unter allen Umständen eine Annahme des englischen Vorschlags und eine Anerkennung beider spanischer Bürgerkriegsparteien zu verhindern. Das Kabinett hat sich diesem Druck nicht entziehen können und nun leinert es wieder auf England einen Druck aus, die Frage der Anerkennung Francos vorläufig wenigstens noch zurückstellen zu lassen. Wie weit sich dies gelingen läßt, wird auf der Konferenz der britischen Radikalen abzuwarten sein. Alles sieht danach aus, als ob England und noch mehr Frankreich in den nächsten Tagen eine starke Verschiebungspolitik treiben werden. Hauptziel ist dabei, die Verantwortung eines völligen Scheiterns der Nichtmischungspolitik von sich abzuwälzen. Dieser Versuch wird gründlich misslingen.

### Eine deutsch-italienische Erklärung

London, 2. Juli. In der Sitzung des Ausschusses des Nichtmischungsaußerschusses haben der deutsche und der italienische Vertreter im Namen ihrer Regierungen neue konkrete Vorschläge zur Wiederherstellung des Überwachungsplanes überreicht, die einen weiteren Beweis der konstruktiven europäischen Friedenspolitik der beiden Mächte gebracht haben. Die deutsch-italienische Erklärung hat folgenden Wortlaut:

„Die deutsche und die italienische Regierung haben in den letzten Tagen die tatsächliche Lage der Nichtmischung in Spanien beraten. Sie sind fest entschlossen, den Grundgedanken der Nichtmischung aufrechtzuerhalten.“

Der Vorschlag des Vorkommens, der in der Erklärung enthalten war, die er im Namen der britischen und der französischen Regierung Dienstag bei 29. Juni abgab, kann von der deutschen und der italienischen Regierung nicht als eine befriedigende Lösung dieser Frage angesehen werden, und zwar aus den Gründen, die bereits auf der vorletzten Sitzung dargelegt worden sind. Der Hauptgrund besteht darin, daß das Gleichgewicht in der Behandlung der beiden Parteien in Spanien, das unter dem Sternzeichen der Neutralität war, zugunsten einer Partei in Spanien gebrochen worden ist.

Die beiden Regierungen sind sich der ersten Schwierigkeiten in der Lage bewußt und sind der Ansicht, daß es um so mehr Pflicht aller ist, neue Wege und Methoden zu suchen, um die Nichtmischung so wirksam wie möglich zu gestalten. Im Hinblick auf dieses Ziel sind sie übereingekommen, die folgenden Vorschläge zu unterbreiten:

#### neue konkrete Vorschläge

vorzulegen:

I. Alle interessierten Mächte kommen überein, beiden Parteien in Spanien die Rechte einer kriegsführenden Macht zuzugestehen.

Eine solche Entscheidung würde die diplomatische Wirkung haben, daß die Politik der Nichtmischung gesichert würde, da tatsächlich alle europäischen Mächte zu ihren Verpflichtungen als Signatarmächte des Nichtmischungsabkommens die Pflichten hinausfügen würden, die neutralen Staaten anfallen, und zwar gemäß dem Grundgedanken des internationalen Rechts, daß der besonderen Lage in Spanien angepaßt ist. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden darüber hinaus folgende Vorteile liefern:

1. Durch Gewährung eines internationalen Rechtsstatus an beide Parteien in Spanien müßten die letz-

teren gegenüber den neutralen Staaten die volle Verantwortung für die Führung des Krieges in der Luft, auf dem Lande und zur See übernehmen.

2. Die Flottenpatrouille durch die vier Mächte, die gänzlich schlagfertig ist, sowohl wie jedes andere System der Flottenpatrouille würden überflüssig werden.

3. Die schwerwiegenden Risiken, die in dem vorliegenden System vorhanden waren, würden aufgehoben werden, da die Schiffe, die entweder die spanische Flagge oder die Flagge nichteuropäischer Länder führen, von den zwei Parteien einer wirksamen Form der Kontrolle unterworfen würden.

II. Mit Ausnahme des Patronenkontrollsystems, das, wie bereits angedeutet wurde, sich als gänzlich schlagfertig herausgestellt hat und daher nicht fortgesetzt werden kann, soll das gegenwärtige Überwachungs-system, wie es vom Komitee genehmigt wurde, beibehalten werden. Die deutsche und italienische Regierung regten demgemäß an, daß sowohl die Überwachung der Landgrenze Spaniens wie auch das System der Überwachung sowohl in den Häfen und durch Beobachter, die sich an Bord der Nichtmischungsschiffe befinden, aufrechtzuerhalten werden sollten.

III. Die deutsche und italienische Regierung würden jede weitere Anregung auf diesen Grundlinien begrüßen.

Deutschland und Italien haben mit diesem Vorschlag auf neue einen konstruktiven Beitrag zur Befriedung der spanischen Krise und zur Sicherung des Friedens in Europa geleistet.

Deutschland und Italien haben sich also durch die betrüblichen und erschwerenden Zeichen mangelnden und sogar ausgesprochenen Scheiterns, die England und Frankreich gegeben haben, nicht von der festen Linie ihrer auf Ordnung und Frieden gerichteten Politik abdrängen lassen. Obwohl Deutschland und Italien, wenn man es so nennen will, die Opfer des mangelnden guten Willens und des völligen Ver-

### Sowjetflugzeuge über Amurinseln

Moskau will seine Grenzposten nicht zurückziehen - Japan besteht auf Räumung

\* Tokio, 2. Juli

Die gespannte Lage am Amur hat sich noch verschärft durch das überraschende Erscheinen dreier Sowjetflugzeuge über der Kururinsel Sennau. Die Flugzeuge überflogen, wie die Agentur Domei berichtet, die Insel und unternahm einen Erkundungsflug über den japanisch-mandschurischen Grenzstreifen am rechten Amurufer. Diese neue Grenzverlegung der Sowjetunion gewinnt besondere Bedeutung angesichts der Nachricht, daß bei der gestrigen Besprechung des japanischen Botschafters in Moskau mit Witwinow-Finkelstein über den letzten Zwischenfall auf dem Amur und die Streitfrage, unter wessen Oberhoheit die Kururinseln und Vorkururinseln stehen, Sowjetrußland den japanischen Protest abgelehnt und auf die Forderung Japans auf Zurückziehung der sowjetrussischen Grenzposten auf den Inseln und der sowjetrussischen Kanonenboote keine eindeutige Antwort gegeben hat. Der Botschafter hat darauf auf weitere Unterredungen verzichtet und keine Instruktionen aus Tokio erhalten.

Wie aus Ostfriesland verlautet, sind fünf sowjetrussische Kanonenboote erneut in mandschurisches Hoheitsgebiet auf dem Amur eingedrungen und sollen die Sowjets insgesamt fünfzig Schiffe in das kritische Gebiet beordert haben. Japan, das durch diese Haltung „außerordentlich verwundert“ bewahrt und durchaus bemüht ist, trotz der bolschewistischen Provokation die Ruhe zu bewahren, besteht auf der

#### umgehenden Räumung der Kururinseln.

Die Witwinow-Finkelstein in früheren Verhandlungen schon zugesichert hatte, und lehnt es ab, über die gleichzeitige Zurückziehung der japanischen Truppen auf dem gegenüberliegenden Amurufer zu verhandeln. Mandschukuo behält auf seinen Besitzrechten über die beiden Inseln, überläßt allerdings die endgültige Re-

gelung dieser Frage einem Einvernehmen, das nach Verleistung des Status quo angestrebt werden könne. Wie weiter von halbamtlicher Seite mitgeteilt wird, kann das Auswärtige Amt in Tokio keine Zusagen in der Richtung machen, daß die Kururinseln nach der erfolgten Räumung durch die Sowjettruppen nicht von der japanischen Armee besetzt würden, weil auf Grund der japanischen Verfassung das Oberbefehlsgewalt über militärische Bewegungen allein dem japanischen Kaiser zusteht.

Man beurteilt hier die Lage wenig optimistisch, hofft aber dennoch auf eine

#### frühliche Beilegung des Konflikts

durch die sofortige Räumung der Inseln, und in der Presse wird darauf hingewiesen, daß in Deutschland und Italien der japanische Standpunkt gegenüber Moskau erfreulicherweise voll gewürdigt werde.

### Neuernde Sowjettruppen?

Sonderkabelblatt der Dresdner Neuesten Nachrichten

\* Tokio, 2. Juli. (Durch United Press)

Die Spannung, mit der man in der japanischen Hauptstadt die Entwicklung der Amurkrise verfolgt, erhält durch eine sensationelle Meldung des Korrespondenten der Agentur Domei in Sibirien neue Nahrung. Die Meldung spricht von einer schweren Neuerde einer Sowjetgarnison in einer Festung am Amur. Bei der Neuerde sei es offenbar zu schweren Kämpfen gekommen, zahlreiche Häuser seien in Flammen aufgegangen und viele Menschen getötet worden.

Die Meldung befährt hiesige politische Kreise in der Hoffnung, daß die Moskauer Zentrale die fernsibirischen Truppen nach dem Tschukotkaprozess nicht mehr vollständig in der Hand habe.

folgend der andern geworden sind, haben gerade sie diejenige Lösung aufgezeigt, mit der die Gefahr gebannt werden können, die der spanische Krisenherd für Europa in sich birgt.

Das in der Hauptsache von England unter Heiliger Kühlung Mißbilligung Frankreichs gestimmte Kontrollsystem ist zusammengebrochen und mußte aufgegeben werden, weil der Gedanke, durch den es sich nach außen zu rechtfertigen sucht, in Wahrheit nicht im Einklang mit dem Willen der beiden Regierungen stand, sondern lediglich ein neues - nachdem das andere versagt hatte - taktisches Mittel, die Politik der Begünstigung der Raten fortzusetzen. Diese Aufgabe wurde erfüllt, als der Heberfall auf das Panzererschiff „Deutschland“ geschah. Die selbstverständliche gerechte und notwendige Sühne, die Deutschland sich für diesen Angriff verschaffte, wurde anerkannt. Hier und da allerdings mit Stellen mehr oder weniger heftigen Widerwillens. Es schied jedoch auf der einen Seite jede Bereitschaft, über die ganze politische Tragweite des hochverrätherischen Treibens sich Rechenschaft abzugeben; noch mehr schied die Bereitschaft, irgend wie zu handeln.

Auch die Formel, auf die nach dem Heberfall die vier Seefrontmächte in London sich einigten, war nur Scheinbar eine Erneuerung und Befestigung der Nichtmischungspolitik. Auch diese Formel wurde von England und Frankreich nur als Mittel betrachtet, Deutschland und Italien „bei der Stange zu halten“, um die Herrschaften in Valencia vor den Auswirkungen ihrer verbrecherischen Anschläge gegen das Kontrollsystem und gegen den Frieden zu bewahren.

Das ist so und nicht anders war, wurde sehr bald offenbar. England und Frankreich lehnten es ab, die in London kurz zuvor feierlich beschlossenen Maßnahmen in der Praxis zu befolgen, als sich mit dem Torpedoschiff „Deutschland“ auf die „Delosia“ die erste Verletzungstrafe für das neue Abkommen ergab. Für uns ist dies keine andere Möglichkeit, als uns von einem System zurückzuziehen, das uns wohl mit Willkür belastete, aber die als Gegenleistung angelegten Rechte im Ganzen vorzuziehen.

Mit der Zulassung der Lage um die spanischen Dinge, die in den Vertragsbeziehungen zwischen

England und Frankreich im Nichtmischungsaußerschau und im Kontrollsystem nichts anderes als Kullissen waren, hinter denen die Politik der Begünstigung der Raten verborgen werden sollte, hat die Zivilisierten mit letzter Deutlichkeit erwiesen.

Am Donnerstag wurde von London aus die Nachricht verbreitet, die englische Regierung besche darauf, daß die Kontrolle in den spanischen Gewässern nunmehr von England und Frankreich allein ausgeübt werde. Sollten Deutschland und Italien einer solchen Regelung nicht zustimmen, würde England die Nichtmischungspolitik aufheben lassen. So verurteilte man, die Erfüllung der letzten englischen Vorschläge im Nichtmischungsaußerschau, zu der man in Berlin und Rom sich bereitgefunden hatte, mit Drohungen zu belegen. Die „Gemeinschaft der Völker“, für die England und Frankreich in den spanischen Angelegenheiten mit feuriger Verbrennungswort, sollte nur eine Farnung der Begünstigungspolitik sein.

Nachdem es nicht mehr möglich war, diese Farnung aufrechtzuerhalten, hat man die wahren Absichten nachdrücklich schamlos enthüllt. Es ist mittlerweile in der ganzen Welt erkannt worden, daß die englische und französische Kontrolle nicht funktioniert hat. Diesen Mächten nun allein die Kontrolle zu übertragen, hieße nichts anderes, als unter dem Deckmantel des Wortes „Kontrolle“ jede tatsächliche Kontrolle zu befechtigen.

Das Ziel Deutschlands und Italiens war von Anfang an und ist es weiter, die wirkliche Nichtmischung im Rahmen des Möglichen aufrechtzuerhalten und damit eine Lokalisierung der spanischen Auseinandersetzungen auf jeden Fall zu erreichen. Deutschland und Italien haben sich nach diesem Grundgedanken nur der durch die Unaufrichtigkeit der andern wechselnden politischen Situationen elastisch anpaßt. Die deutsche und die italienische Politik in der spanischen Frage war und ist aufrichtig und unbedungen.

Deutschland und Italien haben auch jetzt wieder den einzigen Weg gewählt, der aus dem Wirrwarr führt, in das die durch Machtinteressen bestimmte Politik Englands und Frankreichs Europa getrieben hat.

Boo

See

en...

und gut

ab 4.80

ab 6.50

ab 7.50

ab 12.50

ab 24.00

ab 32.00

ab 37.00

ab 7.50

ab 7.50

ab 9.50

ab 12.50

ab 12.50

ab 28.00

ab 36.00

auswahl in:

Trachten

Keuwaffen

Trachten

und Leder

Knägen

anker u. a. m.

REY